

Herrn  
Bundesminister Alexander Dobrindt MdB  
Bundesministerium des Inneren

Nur per E-Mail: [alexander.dobrindt@bmi.bund.de](mailto:alexander.dobrindt@bmi.bund.de)

15.06.2026

### **Natur-Infrastrukturgesetz in aktueller Entwurfsfassung stoppen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt,

nach unserem Kenntnisstand befindet sich aktuell der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in der Ressortabstimmung. Die unterzeichnenden Verbände wenden sich an Sie, weil die vorliegende Entwurfsfassung zentralen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags widerspricht und Investitionen, Genehmigungen sowie die industrielle Wertschöpfung in Deutschland in Krisenzeiten zusätzlich belasten würde. Insbesondere die von der Bundesregierung angestrebte Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren würden konterkariert werden.

Der Entwurf schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Zentral sind dabei zwei Regelungskomplexe:

1. Die vorgesehene Einordnung weit gefasster naturschutzrechtlicher Belange als überragendes öffentliches Interesse verleiht diesen ein abstraktes gesetzliches Übergewicht, bevor der konkrete Einzelfall geprüft ist. Für standortgebundene Vorhaben, insbesondere im Bereich Industrie, Energie und Rohstoffgewinnung, bedeutet dies faktisch die Gefahr eines Genehmigungsausschlusses.
2. Durch die Einführung der neuen Kategorie der „Natürlichen Infrastruktur“ wird eine sehr weit gefasste und bislang unzureichend abgegrenzte Flächenkulisse geschaffen, die über bestehende Schutzgebietskategorien hinausgeht und zugleich mit erheblichen Rechtsfolgen verbunden wird.

Das Anheben naturschutzrechtliche Belange ins „Überragende Öffentliche Interesse“ geht dabei weit über Europäisches Recht hinaus, das eine individuelle Abwägung nach

individueller Bedeutung des Schutzgutes vorsieht. Damit dürften wirtschaftliche Projekte in genehmigungsrelevanten Abwägungsprozessen zukünftig per se unterlegen sein.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, im weiteren Ressortabstimmungsprozess auf eine substantielle Überarbeitung des Vorhabens hinzuwirken. Gern bringen wir uns hierzu auch mit eigenen Vorschlägen ein.

Für einen vertiefenden fachlichen Austausch stehen wir zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Frederichs  
Hauptgeschäftsführer  
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden  
e.V.



Philipp Schollmeyer  
Hauptgeschäftsführer  
Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V.



Dr. Ludwig Möhring  
Hauptgeschäftsführer  
Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie  
e.V.



Julia Möbus  
Geschäftsführerin  
Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband  
e.V.



Tim-Oliver Müller  
Hauptgeschäftsführer  
Hauptverband der Bauindustrie e.V.



Dr. Danny Ohnesorge  
Hauptgeschäftsführer  
Hauptverband der Holzindustrie e.V.



Gerrit Gödecke  
Hauptgeschäftsführer  
Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

Ein gleichlautendes Schreiben übersenden wir an [das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie / das Bundeskanzleramt / das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz und Naturschutz].